

Erste Seite
täglich mit Ausnahme von
Sonntagen und Feiertagen.

Bezugspreis
vierteljährlich 3,50 Mk. frei ins
Haus gebracht; durch die Post
bezogen 3 Mk. 25 Pf.

Wochenpreise 25 Pf.
Einzelnummern kosten
10 Pf.

Kreiszeitung

für den Obertaunus-Kreis.

Anzeigenpreis
die vierzeilige Garmond-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachrichtenteil die
Zeile 35 Pfg. — Nach-
satz bei späterer Wiederhol-
ung. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Geschäftsstelle
Luisenstraße 78, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11965
Frankfurt a. M.

Aufruf!

An die Landbevölkerung!

Stunden der größten Not sind in unserem Vaterlande
angebrochen. Die Aufrechterhaltung unserer inneren
Wirtschaft ist auf das schwerste gefährdet. Mangel an
Kohlen und Rohstoffen legen die Industrie in großem
Umfange lahm. Ungezählte zurückkehrende Krieger sind
arbeits- und erwerbslos. Es wird möglich sein, diesen
allen und den vielen anderen erwerbslos gewordenen Ar-
beitern in Industrie und Handwerk Unterkunft, Nahrung
und Arbeit zu geben. Hier muß und kann das Land
helfen. Landwirte, Ihr habt in ausopferndster Weise und
unter Einsetzung eurer ganzen Kraft bisher geholfen!
Helft auch jetzt, die zurückkehrenden Krieger und alle an-
deren, die keine Arbeit finden, auf dem Lande zu beschäf-
tigen. Gebt ihnen Arbeit, Nahrung und Wohnung, auch
dann, wenn Ihr Euch selbst im Raum beschränken müßt.
Baut Wege, melioriert eure Felder und Wiesen, macht
Waldbereitungen, kurz, schafft Arbeit! Das ist jetzt eine hohe,
sittliche Pflicht der Landwirtschaft.

Ohne Opfer wird und kann es dabei nicht abgehen.
Neben allem aber muß jetzt die Forderung der Erhaltung
unserer landwirtschaftlichen Kraft der inneren Ruhe und
Sicherheit stehen. Steigert die Erzeugung, soweit es
irgend möglich ist, nehmt an Menschen auf, soviel als Ihr
nur irgend unterbringen könnt und arbeitet so mit am
Wohle unseres Vaterlandes. Was vom Reichsamt für
die wirtschaftliche Demobilisierung geschehen kann, um
der Landwirtschaft zu helfen, wird geschehen.

Arbeiter!

Industrie und Handwerk, die Euch bisher beschäftigt
haben, liegen danieder. Die Kohlen- und Transportnot
zwingt sie zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit.
Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaft-
lichen Betrieben ist überall vieles nachzuholen. Nichts
ist jetzt wichtiger als die Sicherung unserer Ernährung.
Landesverbesserungen, Wegebauten und viele andere Ar-
beiten ähnlicher Art harren der Ausführung. Bei der
Bestellung der Ernte des kommenden Wirtschaftsjahres
können viele Arbeiter lohnende Beschäftigung finden. Es
gibt, den Boden bis zum letzten Fleckchen zu bebauen.

Das Land ruft Euch und braucht Euch!

In jedem größeren Verwaltungsbezirk sind landwirt-
schaftliche Arbeitsnachweise vorhanden. Wendet Euch an
sie, Ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten Euren
Vaterland.

Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung.
(Demobilisierungsamt.)
Roeth.

Aufmarsch zur Wahl.

Für die bürgerlich demokratischen Parteien ist ein be-
trächtlicher Teil der Verarbeitung von den Unabhängigen
und den Spartakisten geleistet worden. Die tolle Woche
Berlins hat den vielen, auf die der Radikalismus mit der
gewalttätigen Einfachheit seiner Behauptungen wirkte,
den Glauben an Liebknecht, und den Vereinzelt, die sich
in der überrevolutionären Literaturmode gefielen, das
Publikum genommen. Die Mitläufer wollen von Spar-
takus nichts mehr wissen, und die entlaufenen Bürger müs-
sen sich nach anderen Anregungen umsehen.

Felice.

Roman von Arthur Windler-Tannenberg.
(Fortsetzung)

(Nachdruck verboten.)

Uhlenkamp ruckte sich wild zusammen. „Verflucht!“,
sagte er. „Aber Geschehenes ist nicht ungeschehen zu
machen! — Trotzdem also geben Sie sie frei, wenn Sie es
wünschen?“

„Ja, Herr Major, denn dann liebt sie mich nicht.“
„Halten Sie denn diese Verirrung eines jungen Mäd-
chens für Liebe?“

Leo lächelte verlegen. „Herr Major, ich bin selbst 25
Jahre.“

„Das ist wahr, aber Sie sind ein Mann, vernünftig,
überlegt und voll Willenskraft, das haben Sie bewiesen.
Deshalb will ich Sie auch nicht entlassen. Im Gegenteil,
recht lange behalten will ich Sie. Ihre Stellung ausbauen
und aufbessern will ich, daß Sie in ihr heiraten können.
Es muß ja nicht gerade meine Tochter sein. Nur heraus-
kommen müssen wir aus dieser miserablen Geschichte. Das
leben Sie doch ein?“

Mit ungewöhnlicher Bändigung aller Schroffheit und
alles Herrendünkels hatte Götz von Uhlenkamp gesprochen.
Jetzt wartete er auf Antwort.

Er wartete vergebens.

Jetzt gab der Major das Parlamentieren auf.
„Das ist ein dummes Drehen im Kreise. Ihr wollt's
nicht anders, gut, so werde ich den Herrn zeigen, den ich
nie hätte vergessen sollen. Hören Sie, Leo, es ist ein Be-
fehl: Sie enthalten sich jeder Begegnung mit meiner
Tochter —“

Im demokratischen Süden Deutschlands hat sich die ab-
jagende Wirkung der Berliner Unruhen zuerst und am
stärksten gezeigt. In Baden brachten die Unabhängigen
raum 1 1/2 v. H. aller Stimmen auf, in Württemberg 3 v.
H., auch im Bayern Kurt Eisners erleidet der Radikalis-
mus Niederlagen, die durch gelegentliche Unterstützung
rechtsextremender Parteien nur spärlich beleuchtet werden.
Eine kaum abmeßbare Schädigung ist dem todwunden
Reich durch die kommunistischen Abenteuer zugefügt wor-
den. Die geringe Kohlenversorgung aus dem Westen ist
durch die Gewalttätigkeit der Essener, Duisburger, Ham-
börner Spartakisten zeitweise bis in die Nähe des Null-
punkts gedrückt worden, sie wird von Generalstreikversuchen
noch täglich bedroht. Düsseldorf ist von den Engländern
besetzt; zwar noch nicht besetzt, aber die Alliierten stellen
wegen der dortigen Zustände verhängliche Anfragen, im
Osten haben die Polen Fortschritte gemacht, die schlesische
Kos-von-Berlin-Bewegung lebt wieder auf. Das Ausland
hat seinen Anlaß, tiefer zu sehen als auf das anarchische
Gartenpiel auf der Oberfläche des deutschen Lebens; es
braucht nichts weiter, um seine neuen Waffenstillstands-
bedingungen, um die Grenzfestsetzungen und Entschädi-
gungssicherheiten, über die zur Stunde verhandelt wird,
nach Maßgabe dieses Augenblicks zu regeln.

Alle diese Erfahrungen kosten die Radikalen und, in
gewissen Grenzen, sogar die Mehrheitssozialisten einen
Teil ihrer Wahlerschaft. Für die Parteien der — im
weiten Sinne des Wortes — „bürgerlichen“. Freiheit ist
es aber mit der an sich schätzbaren Vorarbeit der Kommu-
nisten und ihrer Verwandten nicht getan. Der Mißerfolg
des Gegners ist noch nicht ihr Erfolg, wenn sie nicht in
den Massen die Ueberzeugung bewirken, daß sie selbst
etwas sind und wollen.

Der Graben zwischen dem demokratischen Süden und
dem organisatorischen Norden Deutschlands, durch das kom-
munistische Abenteuer ohnehin verbreitert, darf nicht noch
tiefer, der Gegensatz zwischen Sozialismus und „Bürger-
tum“ nicht aus neue verstärkt werden. Das schöne Wort
„Bürger“, lange genug mit „Bourgeois“ überzogen, muß
wieder Klang und Bedeutung des französischen „citoyen“
gewinnen. Bürger ist, wer die Unverletzlichkeit einer aus
dem Erlebnis dieser blutigen Zeit erneuerten Gemein-
schaft begreift, ohne der Einzelleistung den Raum
vorenghen zu wollen; der dem Staate gibt, was des Staates
ist (also mehr, als ihm früher zugebilligt wurde), aber
das Joch nicht will, das eine Gemeinschaft ohne Selbst-
ständigkeitsgefühl ihren Mitgliedern auferlegt; der die
„Sozialisierung“ für etwas Wachsendes, nicht für etwas
Einführbares hält. Ein solches Bürgertum wird im Wahl-
kampf die Grenzen zwischen sich und dem Sozialismus,
auch dem der Mehrheit, zu ziehen wissen. Aber es wird
nicht vergessen, daß es im Kampf um eine geordnete Frei-
heit auch gemeinsame Ziele und — rechts und links — ge-
meinsame Gegner gibt.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Trier, 15. Jan. (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen zur
Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens wurden
heute vormittag in Trier im Salonwagen des Mar-
schalls Joch durch eine Ansprache der Vorsitzenden der bei-
seitigen Waffenstillstandskommissionen eröffnet.

Die Ansprache des Vorsitzenden der deutschen Waffen-
stillstandskommission, des Staatssekretärs Erzberger,
enthält u. a. folgende Gedanken:

Das deutsche Volk will Frieden. Die alliierten Regie-
rungen haben es anders gewollt. Sie sprechen auch heute
noch nicht vom Frieden, sondern nur von der Verlänge-

rung des Waffenstillstandes. Das deutsche Volk hat die
Waffenstillstandsbedingungen bis zur Grenze des Mög-
lichen erfüllt. Wo die Bedingungen nicht eingehalten
worden sind, tragen unsere Gegner fast ausschließlich die
Schuld, so namentlich in der Abnahme der Verkehrsmittel.
Am 5. Januar waren von den Alliierten übernommen:
1821 Lokomotiven und 63 304 Wagen. Zur Uebernahme
vorgesehen waren 4907 Lokomotiven und 105 523 Wagen.
Dagegen muß eine Konventionalstrafe deutscherseits abge-
lehnt und eine weitere Verlängerung der Frist für die
Abgabe des Verkehrsmaterials gefordert werden. Deutsch-
land ist entschlossen die Verpflichtungen des Waffenstill-
standes loyal zu erfüllen. Aber die Alliierten haben ihrer-
seits das Waffenstillstandsabkommen systematisch verletzt.
Ungehindert Verkehr und wirtschaftliche Bewegungsfrei-
heit zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen
Deutschland sind vernichtet worden. Mit Entrüstung er-
füllt uns das Vorgehen der französischen Bejahungsbehör-
den in Elsass-Lothringen. Alle Maßregeln der verbünde-
nen Regierungen in Elsass-Lothringen beweisen, daß Frank-
reich darauf ausgeht, der Entscheidung des Friedensver-
trages vorzugreifen und Elsass-Lothringen zu annektieren,
ohne daß das von Frankreich so oft und so laut geforderte
Selbstbestimmungsrecht der Völker auch nur im geringsten
geachtet wird. Derselbe Protekt muß gegen das von der
Entente angebotene oder vielmehr aufgezwungene Finanz-
abkommen erhoben werden, das Deutschland der finan-
ziellen und wirtschaftlichen Diktatur der Entente aus-
liefert. Zum Schluß lege ich der Entente drei Fragen
vor. Die erste lautet: Wann wird sie die Blockade auf-
heben? Die Ernährung Deutschlands verschlechtert sich von
Tag zu Tag. Von dem Stand der Ernährung wird es zum
großen Teil abhängen, wie die innerpolitische Lage
Deutschlands sich gestaltet. Das deutsche Volk hat es er-
tragen, waffenlos zu werden, aber es würde es nicht er-
tragen, brotlos zu werden. Der Hunger würde einen
seelischen Zustand hervorrufen, dessen Folgen auch die
Alliierten nicht wünschen können. Ich warne Sie. Auch
Ihre Völker sind nicht gefeit gegen die Weltrevolution.
Die zweite Frage ist: Wird die Entente jetzt bindende Ver-
pflichtungen eingehen über die sofortige Rückgabe der in
ihrer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen? Die
Regelung der Rückführung unserer Kriegsgefangenen
sollte im Präliminarfrieden erfolgen. So führt die Frage
der Kriegsgefangenen zu der dritten und letzten Frage,
die ich an die Entente zu richten habe: Wann werden wir
in der Lage sein, den Präliminarfrieden zu schließen?
Mehr als sechsmal hat die deutsche Regierung versucht
die Verhandlungen über den Abschluß des Präliminar-
friedens einzuleiten. Es ist keine Antwort erfolgt.

Der Gewalt des Siegers stelle ich das ewige Recht des
deutschen Volkes gegenüber auf Leben und Fortentwick-
lung. Dieses Recht ist heilig und unantastbar.

Berlin, 15. Jan. (W. B.) Nach den Abendblättern
äußerte sich Staatssekretär Erzberger bei der Konferenz
mit den süddeutschen Eisenbahnministern in Ulm dahin,
Marshall Joch halte eine Entschädigung für den Aufbau
Belgiens und Nordfrankreichs im Betrage von 30 Milli-
arden Mark und für die anderen Schäden die Summe von
20 Milliarden Mark für angemessen. Die Alliierten wür-
den als Sicherheit die Verpfändung der deutschen Eisen-
bahnen und der deutschen Forsten fordern.

Die Bewegung im Reich.

Berlin, 16. Jan. (W. B.) Nach Blättermeldungen
ist Karl Liebknecht gestern Abend in Berlin in der Woh-

„Ich höre, Herr Major.“ Er stand jetzt stramm.
„Jede Zuwiderhandlung wäre eine Gemeinheit, denn
Sie erfahren hierdurch, daß ich sie an meiner Tochter ahn-
den würde. Danach werden Sie, als Mann von Ehre,
der Sie sein wollen, wissen, was Sie zu tun haben!“
„Jawohl, Herr Major.“
„Die Abgabe meiner Tochter werden Sie erhalten.
Nehmen Sie sich in allem nach meinen Befehlen, so halte
ich mein Angebot von vornhin aufrecht. Bei dem ersten
Ungehorsam fliegen Sie. Abtreten!“

Leo machte militärisch feiert und ging. Als er den
Flur betrat, kam aus dem Erkerzimmer Felice.

„Hans!“ rief sie leise, jubelnd, „wie ist's gegangen?“
Hastig eilte sie zu ihm und bot ihm die Lippen.

Er küßte sie.

„Mir ist eben geboten worden, mich jeder Begegnung
mit Dir zu enthalten, aber wenn Du mir begegnest, ist
wirklich nichts zu machen.“

„Wart's ab, und für die Begegnungen will ich sorgen.
Ihr Männer seid nicht halb so schlau wie wir! Damit
adieu, Schatz!“

14. Kapitel.

Am folgenden Tage machte der Major einen Ritt nach
Hohenholm, dem Gute, von dem er sich vor 35 Jahren
seine Frau geholt hatte. Josias von Hohenholm war der
letzte seines Stammes gewesen. Käthe, seine älteste To-
chter, hatte Elmar von Wollen geheiratet und das Gut
mitbekommen, während Ida, die jüngere, die sich Götz von
Uhlenkamp heimholte, in Kapitalien ausgestattet wurde.
Später fiel Hohenholm aber auch noch an die Uhlenkamps,
da die Wollensche Ehe kinderlos geblieben war. Dann
machte Bobo von Uhlenkamp den Wollensbesitz und Horst
den der Erblante übernehmen.

Zurzeit aber residierte das Ehepaar Wollen auf Hohen-
holm. Zu ihm ritt Götz. Daß er's so selten tat, hatte
seinen Grund darin, daß die Wollens selten daheim waren.
Im Sommer auf Rennbahnen und in Luftkurorten, im
Winter im Süden oder in der Berliner Hofkammer.

Sie konnten es. Der Feldbestand war sehr klein und
mußte von einem alten Inspektor betreut werden, riesen-
groß waren die Waldungen, und die verwaltete, selbst-
ständig wie ein Eigentümer, ein wissenschaftlich ausge-
bildeter Forstbeamter.

Elmar und Käthe von Wollen verzehrten die nicht un-
erhebliche Rente, da sie meinten, es sei ganz überflüssig,
auch davon noch für die Uhlenkamps zu sparen, bis auf
den leht Pfennig.

Soliman ging seinen guten zuverlässigen militärischen
Trab, und um die erste Vormittagsstunde stieg Götz von
Uhlenkamp in Hohenholm aus dem Sattel.

Jakob, des Hauses einziger Diener, der zugleich die
beiden Rutschpferde pflegte, gab sich in aller Ehrerbietung
außerordentlich erstreut, den Major wiederzusehen.

„Die Herrschaft zu Hause?“ fragte Uhlenkamp.

„Jawohl, Herr Major! Die Herrschaften werden in
der Lindengrotte sein, dort habe ich das Frühstück ser-
viert.“ bemerkte Jakob dienstfertig, nahm Soliman am
Zügel und führte ihn in den Stall.

Der Major kannte den Weg.

Aus dem Rückengeschloß trippelte ein weißhaariges
Mädchen mit großer, weißer Schürze. Kalter Braten stand
auf der Platte, die sie trug, dabei delikater Schinken und
Rührei. Der Anblick besserte die Stimmung des Majors
wesentlich, er hatte nach dem einstündigen Ritte Appetit.

(Fortsetzung folgt.)

nung eines Freundes von Mannschaften der Garde-Kavallerie-Schützen-Division verhaftet worden, nachdem das Haus, in dem er sich befand, umstellt worden war. Dem Vernehmen nach ist auch Rosa Luxemburg verhaftet worden.

Berlin, 16. Jan. Der Stadtbahnverkehr ruht noch immer. Die Wiederaufnahme des Betriebes zwischen Charlottenburg und dem Schlesischen Bahnhof läßt sich auch nicht annähernd in Aussicht stellen. Dem „Kosmos“ zufolge handelt es sich hierbei nicht um eine noch bestehende Betriebsunsicherheit infolge der früheren spartakistischen Besetzung des Schlesischen Bahnhofes, sondern die Verkehrseinstellung beruht auf dem Mangel an Lokomotiven infolge der Abgabe an die Feinde.

Berlin, 15. Jan. (W. B.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Nachdem die Säuberung des Stadtteiles Moabit von Spartakisten im Laufe des Vormittags nahezu ganz beendet ist, wurde mit dieser mittags im Zentrum der Stadt begonnen. Auf dem Dönhofsplatz und Spittelmarkt ist schwere Artillerie aufgestellt. Mehrere der in den letzten Nächten von Spartakisten beschossenen Straßen sind mit Stottrupps, die Maschinengewehre mitführen, besetzt. Auch Infanterie und Abteilungen mit Flammenwerfern und Minenwerfern sind im Zentrum der Stadt eingetroffen. Ferner sah man Haubitzenbatterien und Züge von Feldartillerie. Auch Panzerkraftwagen und Tanksabteilungen nahmen an der Befestigung teil; zahlreiche Infanteriezüge zogen auch die Potsdamer Straße entlang dem Tiergarten zu.

Die Zustände in Bremen.

Berlin, 15. Jan. (W. B.) In Bremen wurde die gesamte wirtschaftliche und politische Macht in die Hände einer provisorischen Räteregierung gelegt. Am 10. Jan. ist das Ständerecht verhängt worden. Alle Bürger und Offiziere mußten bei Androhung von Todesstrafe bis zum 11. Januar ihre sämtlichen Waffen abliefern. Jeder gegenrevolutionäre Versuch wird als Hochverrat mit sofortigem Erschießen geahndet. Die Polizeistunde wurde auf 9 Uhr abends festgesetzt. Über sämtliche bürgerlichen Zeitungen ist die Zensur verhängt worden. Zugleich sind sie genötigt, in ihrem redaktionellen Teil alles aufzunehmen, was ihnen von dem Rat der Volkstommisare oder dessen Vertretern zugestellt wird.

Aufforderung zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

Berlin, 15. Jan. (W. B.) An die Arbeiter- und Soldatenräte! Am Sonntag, den 19. Januar, wählt das deutsche Volk die gesetzgebende Nationalversammlung. Die große Bedeutung dieser Wahlen braucht nicht besonders dargelegt zu werden. Sie sind erforderlich, um die Errungenschaften der Revolution gesichert zu verankern. Diese Wahlen müssen überall ohne jede Störung durchgeführt werden können; die wahlberechtigten deutschen Männer und Frauen müssen frei und unbeeinträchtigt ihr Wahlrecht ausüben können. Hierzu müssen die Arbeiter- und Soldatenräte dem Volk verhelfen. Deshalb möchten wir an alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die Aufforderung, alles zu tun, um die Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung zu sichern.

Berlin, den 15. Januar.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.
gez. Leinert, Cohen, Hermann Müller.

Bolschewisten-Herrlichkeit.

Die unbeschreibliche Verwirrung und das enselnde Elend, das Rußland dem Bolschewismus und nur diesem verdankt, läßt es allmählich zu Erscheinungen des öffent-

und die Gewerbetreibenden an die Peripherie gelegt werden. Dadurch werden wegen des gänzlichen Mangels an öffentlichen Verkehrsmitteln für diese Kategorien stundenlange Fußmärsche notwendig, um an die Arbeitsstätten zu gelangen und die Regierung vermochte bisher diesem Uebelstande der wandernden Volksmassen nur dadurch „abzuhelfen“, daß sie die gesetzliche Arbeitszeit kurzerhand und ohne Rücksicht auf den ungeheuren Bedarf an Waren jeder Art auf 4 Stunden täglich festsetzte. Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten war früher Amerika, heute ist es Rußland, das Land der „Bolschewisten-Herrlichkeit“, denn dort ist alles möglich. Aber — und das sollte jeder Bolschewistenfreund in Deutschland nicht vergessen — das, was dort bisher möglich gemacht worden ist, ist letzten Endes eben doch nur — unmöglich.

Ein Bolschewistenheer im Anmarsch auf unsere Dittmar.

Berlin, 16. Jan. In der „Bolschewischen Zeitung“ liest man: Die russische bolschewistische Gefahr nimmt ungeheure Dimensionen an. Während man sich bei uns über die Abkämpfung der Kommandogewalt und ähnliches unterhält, hat Ljow ein streng diszipliniertes Heer zusammengebracht, das bereits eine Million Mann zählt und auf drei Millionen Mann gebracht werden soll. Schon rücken die Russen gegen die Ostpreussische Grenze gegen Kowno vor. Es muß uns allen klar werden: Wir stehen vor einem neuen russischen Einbruch, der an Furchtlichkeit alles bisherige hinter sich lassen dürfte. Die Gefahr ist überwältigend groß. Ganz Europa ist bedroht. Jetzt zur Einigkeit not.

Deutsche Frauen

Berlin, 15. Jan. (W. B.) Zuverlässige Nachrichten aus dem besetzten Gebiet berichten, daß sich die deutschen Frauen und Mädchen in Mainz und Köln, besonders aber in Aachen, den feindlichen Besatzungen gegenüber zum Teil recht würdevoll benehmen. Diese Frauen, die vergeblich haben, daß ihre Männer und Brüder noch bis vor kurzem mit den feindlichen Besatzungstruppen in blutigem Kampfe standen, sind sich anscheinend nicht bewußt, wie sehr sie durch ihr Betragen nicht nur sich selbst, sondern auch das ganze deutsche Volk dem Spott und Hohn der Welt aussetzen. Es ist daher wohl angebracht, diese entwürdigende Haltung einzelner deutscher Frauen vor aller Öffentlichkeit zu brandmarken und die deutschen Frauenvereine aller politischen Parteien sowie die Gesellschaft auf diese Schmach aufmerksam zu machen, damit sie diesem Treiben Einhalt tun.

Letzte Meldungen.

Waffenstillstandsverlängerung.

Trier, 16. Jan. Marschall Foch erklärte sich namens der Alliierten bereit, den Waffenstillstand um einen Monat zu verlängern unter folgenden Bedingungen:

Am 17. Februar sind zu übergeben: 400 vollständige Dampfpfluggruppen mit zwei Maschinen und dazu eingerichteten Pflügen, 6500 Sämaschinen, 6500 Düngereutmaschinen, 6500 Pflüge, 6500 Grabenpflüge, 6500 Eggen, 6500 Messerreden, 2500 Stahlwalzen, 2500 Crossen, 2500 Grasmähmaschinen, 2500 Heuwender und 3000 Binde-mäher. Diese Lieferung ist unabhängig von der versprochenen Rückerstattung des gesamten von den Deutschen entwendeten oder außer Gebrauch gesetzten landwirtschaftlichen Materials. Das alliierte Oberkommando beschließt, sich vorzubereiten, von jetzt ab, wenn dieses angemessen erachtet wird, den durch die Fochs und das rechte Rheinufer

London, 15. Jan. (W. B.) Reuter. Der Bergarbeiterverband in Southport hat einstimmig die Demobilisierung aller in der Flotte und in der Armee dienenden Bergarbeiter, den Sechsstundentag und die Nationalisierung der Bergwerke und der Mineralschätze verlangt.

Luxemburg, 15. Jan. (W. B.) Großherzogin Adelheid dankte ab. Ihre Schwester Charlotte wird Großherzogin und leistete vor einer Abordnung der Kammer am 15. Jan. den Eid auf die Verfassung.

Ein Erlaß ermöglicht Ausnahmen von dem Verbot des Handels mit Deutschland zugunsten des Verkehrs mit den Bewohnern der von den Alliierten besetzten Gebiete auf dem linken Rheinufer.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 16. Jan. 1919.

Die städtischen Büros sind jetzt wieder von morgens 8-12 vormittags und von 2-5 Uhr nachmittags für den Verkehr geöffnet.

Frachtagung. Die Eisenbahndirektion macht im heutigen Anzeigenteil bekannt, daß Frachtagungsgüter am 16., 17. und 18. Januar nicht angenommen werden.

Teilnahme der Deutsch-Österreicher an den Wahlen zur Nationalversammlung. Die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik, die am 19. Januar 1919 das 20. Lebensjahr vollendet haben und nicht bei entsprechender Anwendung des § 4 des Reichswahlgesetzes vom Wahlrechte ausgeschlossen sind, haben das Recht, an der Wahl der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung in der Gemeinde teilzunehmen, in der sie innerhalb des deutschen Reichsgebietes ihren Wohnsitz haben. Hierbei sind als Angehörige der deutsch-österreichischen Republik nur jene anzusehen, die in einer deutsch-österreichischen Gemeinde heimatsberechtigter (zuständig) sind. Als deutsch-österreichisches Staatsgebiet sind zu betrachten: Niederösterreich, einschließlich des Kreises Deutsch-Süd-Mähren und das deutsche Gebiet um Neu-Bistritz, Ober-Österreich einschließlich des Kreises Deutsch-Süd-Böhmen, Salzburg, Steiermark und Kärnten mit Ausschluß der geschlossenen italienischen Siedlungsgebiete, Vorarlberg, Deutsch-Böhmen, Sudetenland, Westschlesien und Rußland, Schönberger Kreis und Schönbühlgau, sowie die deutschen Siedlungsgebiete in Mähren (Brünn, Jaglau und Olmütz).

Die im Amtsbezirk des österr.-ungar. General-Konsulates Frankfurt a. M. (Provinz Hessen-Rassau und vor-maliges Großherzogtum Hessen) wohnhaften, in Frage kommenden Wähler haben, um die zur Ausübung des Wahlrechtes erforderliche Bescheinigung bei dem General-Konsulate entweder mündlich oder schriftlich unter Vorlage ihrer, die Heimatzuständigkeit und die Geburtsdaten nachweisenden Dokumente — Reisepaß, Heimatschein, österr. Arbeitsbuch — anzufordern.

Namhaftmachung der im Bereich des 18. A. R. sich aufhaltenden Kriegsgefangenen. Die Staaten der Entente befürchten, daß in Deutschland heimlich Kriegs- oder Zivilgefangene zurückgehalten werden. Es werden daher in der nächsten Zeit Anordnungen der feindlichen Staaten den Korpsbezirk auf das Vorhandensein feindlicher Kriegsgefangener (Rußen ausgenommen) abfragen.

Alle Militär- und Zivilbehörden, Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte sowie besonders alle Strafanstalten und Krankenhäuser werden ersucht, dem Generalkommando in Bad Nauheim oder der Inspektion für Kriegsgefangene in Frankfurt a. M. sofort Mitteilung zu machen, wenn sich bei Zivilgefangenen Verheimlichung oder ihn mit Gewalt

Jugend!!

heraus aus eurer Gleichgültigkeit!

Helfst mit an dem Aufbau des neuen Vaterlandes!

Wählt die Liste der Deutschen Demokratischen

Partei, wählt die Liste  **Luppe.** 

lichen Lebens kommen, die von Rechtswegen in das Reich der Fabel gehören sollten. Da sie aber erweislich wahr sind und da eine Ausbreitung des Bolschewismus in Deutschland naturgemäß zu ähnlichen „Reordnungen“ führen müßte, so verlohnt es wohl, sie sich einmal näher anzusehen. In Moskau gab es früher 50 000 Droschkentreiber und eine lange Fahrt kostete ein paar Pfennige. Heute gibt es nur noch hundert Kutscher, die für eine kurze Fahrt 150 Rubel, das sind 300 Mark, fordern müssen. Die Bevölkerung ist in vier Klassen eingeteilt, Militär, Arbeiter und Angestellte der bolschewistischen Regierung, endlich die selbständigen Gewerbetreibenden. Die drei ersten Klassen erhalten geringe Quanten Brot auf Karten, die selbständigen Gewerbetreibenden aber erhalten nichts und können sehen, wo sie bleiben. Jeder Arbeitende erhält ohne Rücksicht auf die Natur oder Wichtigkeit seiner Tätigkeit die gleiche Entlohnung von 800 Rubeln monatlich. Dadurch wird selbstverständlich jede Entlohnung des einzelnen aufgehoben, denn was nützt die durch Fleiß und persönliche Tüchtigkeit erlangte höhere Stellung, wenn mit der stumpfsinnigsten mechanischen Arbeit die gleiche Summe Lohnes verdient wird. Jeder Hausbesitz ist aufgehoben. Die Regierung der Bolschewisten hat das für jeden Menschen nötige Quantum an Luft auf 20 Kubikmeter festgesetzt und belegt danach die vorhandenen Wohnungen, wobei die rechtmäßigen Besitzer unter Beschlagnahme ihrer Möbel usw. erbarmungslos an die Luft gesetzt werden. Die Einquartierung erfolgt so, daß die Arbeiter an den Brennpunkt, d. h. in die Mitte der Stadt

gebildeten Abschnitt der Festung Strahburg mit einem Geländestreifen von 5-10 Kilometer vor diesen Forts zu besetzen. Die Besetzungsgrenze ist auf der beigefügten Karte angegeben. Diese Besetzung soll 3 Tage vorher seitens des alliierten Oberkommandos angezeigt werden. Es soll keinerlei Zerstörung von Material oder von Räumlichkeiten vorhergehen. Die Linienführung der neutralen 10 Kilometer soll entsprechend vorgeschoben werden. Rückerstattung des aus den französischen und belgischen Gebieten weggeführten Materials. Marschall Foch erwartet eine endgültige Antwort morgen Vormittag.

Berlin, 16. Jan. (W. B.) Bestimmt auftretende Gerüchte wollen wissen, der in der Nacht verhaftete Karl Liebknecht soll bei einem Fluchtversuch im Tiergarten am neuen See erschossen worden, auch Rosa Luxemburg soll während ihres Abtransports aus dem Edenhotel von der wütenden Menge aus dem Wagen gerissen und getötet worden sein. Eine amtliche Bestätigung liegt bis jetzt nicht vor.

Neuport, 15. Jan. (W. B.) Reuter. Nach einem Telegramm aus Buenos Aires hat das Abgeordnetenhaus eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die über das ganze Land der Kriegszustand verhängt wird. Die Bill erhält sofort Gesetzeskraft. Der Minister des Innern erklärte im Abgeordnetenhaus, daß zwar die Unruhen in Buenos Aires eingedämmt seien, daß sie sich aber über die Provinz verbreiten, und daß diese um militärische Hilfe gebeten hätten.

ein Kriegsgefangener (kein Russe) in ihrem Bereich befindet. Ebenso ist jeder Einzelne, der Gefangene beschäftigt oder etwas über den Aufenthalt Kriegsgefangener weiß, verpflichtet, der nächsten Behörde davon Mitteilung zu machen. Feindliche, der den Aufenthalt eines Kriegsgefangenen, hat schwere Bestrafung zu gewärtigen. Auch diejenigen Gefangenen, die freiwillig bei uns zu bleiben wünschen, haben diesen Wunsch bei der zuständigen Ortsbehörde zu Protokoll zu legen, die für Weitergabe des Protokolls an das Generalkommando Sorge trägt.

Vorstehende Verfügung bezieht sich nur auf: Franzosen, Engländer, Belgier, Italiener, Brasilianer, Serben, Griechen, nicht auf Russen, Polen, Litauer.

Eingefandt.

Wir ersuchen verehrl. Redaktion um Aufnahme nachstehender Zeilen:

Begreifliche Aufregung herrscht gegenwärtig unter der hiesigen Bevölkerung über die Kartoffelversorgung. Heute mußten sogar die Einwohnerhäuser von Homburg nach dem Schwesternhaus in Rindorf wallen, um ihr paar Pfund Kartoffeln zu bekommen. Und warum? Weil die im Städtischen lagernden Kartoffeln verfault sein sollen. Warum? fragt Einfunder, hat man die Kartoffeln, die nah eingelagert werden mußten, nicht sofort an die Einwohnerhäuser verteilt. In den vier Kriegsjahren muß man doch so viel gelernt haben, daß nah eingelagerte Kartoffeln sich nicht lange aufbewahren lassen, zumal in einem

dumpfen Keller. Dem Einzelnen wäre es aber möglich gewesen, die Kartoffeln, nachdem sie ausgelesen und getrocknet, sachgemäß aufzubewahren und zu erhalten. Aber nur nicht von dem Schema „F“ abweichen. Das Sprichwort: „Durch Schaden wird man klug“, scheint bei unserer Stadt. Lebensmittelförderung nicht verstanden zu werden.

R.

Kurhaus-Konzerte.

Freitag, den 17. Januar, nachm. von 4—6 Uhr, Konzert. Dirigent: Konzertmeister Felix Arzjantat. 1.

Türkischer Marsch (Eilenberg). 2. Ouverture Die Matrosen (Hilow). 3. Walzer, Geschichten a. d. Wiener Wald (Strauß). 4. Volkslieder und Märchen (Komzaf). 5. Ouverture Die schöne Galathea (Suppe). 6. Mohnblumen, Intermezzo (Rozet). 7. Serenade (Gaal). 8. Potpourri aus Der Freischütz (Weber).

Abends von 8¼—10 Uhr. 1. Ouverture Die Fledermaus (Strauß). 2. Walzer Traumland (Jucif). 3. Turina Intermezzo (Grey). 4. Potpourri Die schöne Galathea (Suppe). 5. Ouverture Esfirsata (Linte). 6. Andante a. d. Quartett Op. 11 (Tschailowski). 7. Spinz (Wopn). 8. Marsch aus Voccaccio (Suppe).

Berta Jacobi

Otto Diebel

Verlobte.

Bad Homburg v. d. H.
Januar 1919.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.

Auf Grund der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung vom 21. Dezember 1918 (Gesetz-Sammlung S. 201) wird hiermit bestimmt, daß für die Landgemeinden des Obertaunuskreises die Stimmbezirke, die Wahlvorsteher und deren Stellvertreter und die Wahlräume unverändert so bestehen bleiben, wie sie durch meine Bekanntmachung vom 2. Januar 1919 — Kreisblatt Nr. 3 — für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung festgelegt worden sind.

Die Wahlhandlung beginnt am Sonntag, dem 26. Jan., vormittags 9 Uhr, und endet am gleichen Tage nachmittags 8 Uhr.

Die Herren Bürgermeister der Landgemeinden ersuche ich, die Abgrenzung des Stimmbezirks, die Namen des

Wahlvorstehers und seines Stellvertreters, das Wahllokal sowie Tag und Stunde der Wahl spätestens am 19. Januar ds. Js. ortsüblich bekannt zu machen und die auf der Rückseite des Titelbogens der Wählerliste vorgebrachte Bescheinigung zu vollziehen.

Für die Wählerlisten gelten im übrigen die Vorschriften über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (R. G. 1918 S. 1345 ff.) sowie der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (R. G. Bl. 1918 S. 1353 ff.).

Bad Homburg v. d. H., den 16. Januar 1919.

Der Landrat.
v. Marx.Für den Vollzugsausschuß des Kreises.
Kintelen.

Bad Homburg v. d. H., den 16. 1. 1919.

Nach einer Verordnung der Reichsregierung sind die Angehörigen des Heeres und der Marine, die am 19. Januar zur Bewachung für Wahlräume kommandiert und daher verhindert sind, in ihrem Wohnort zu wählen, berechtigt, das Wahlrecht in den von ihnen bewachten Wahlräumen auszuüben, auch wenn sie dort nicht in die Wählerliste eingetragen sind. Die Wahlausübung erfolgt auf Grund einer Bescheinigung des nächsten Dienstvorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers. Die Wahlvorsteher haben die Bescheinigungen abzunehmen und dem Wahlprotokoll beizufügen; die Zahl der Bescheinigungen ist in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge zu vermerken.

Der Landrat.
v. Marx.Für den Vollzugsausschuß des Kreises.
Kintelen.

Die Partei des Judentums ist die Deutsche demo- kratische Partei.

Jüdische Wähler und Wählerinnen,
erfüllt am 19. Januar Eure Pflicht!

Deutsche Demokratische Partei

Ortsverein Bad Homburg.

Öffentliche Versammlung

am Freitag, den 17. Januar, abends 7.30 Uhr
im Speisesaal des Kurhauses.

Es sprechen die beiden Kandidaten zur
Nationalversammlung:

Herr Prof. Schücking von der Universität Marburg
Herr Bürgermeister Dr. Luppe aus Frankfurt a. M.

Freie Aussprache.

Alle Männer und Frauen von Bad Homburg und
Umgebung sind hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

Die Deutsche Volkspartei

hat folgende Kandidaten aufgestellt:

1. Geheimer Justizrat Universitätsprofessor **Dr. Jacob Rießer**, Berlin.
2. Amtsgerichtsrat **Lieber**, Justitiar der Landwirtschaftskammer Wiesbaden.
3. Arbeitersekretär **Fritz Geisler**, Frankfurt a. M.
4. Stadtverordnetenvorsteher, **Dr. W. F. Kalle**, Chemiker, Biebrich a. Rh.
5. Frau **Julie Bassermann**, Mannheim.
6. Ingenieur **Christian Bansa**, Eisenbahndirektor, Limburg.
7. Stadtverordneter **Dr. Herm. Rumpf**, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.
8. Stadtrat **Dr. Heraeus**, Fabrikant, Hanau a. M.
9. Stadtverordneter **Friedrich Behle**, Kaufmann und Reichwirt, Bad Homburg v. d. H.
10. Schornsteinfegermeister **Jean Frank**, Frankfurt a. M.
11. **Julie Velde**, Oberlehrerin, Frankfurt a. M.
12. Kreistierarzt **Dr. Jürgen Lüders**, Dillenburg.
13. Professor **Hans Köppe**, Marburg.
14. Landesbibliothekar **Dr. Wilhelm Hopf**, Kassel.
15. **Dr. Friedrich Böttcher**, Schriftsteller, Mengerskirchen (Waldeck).

Deutsch-nationale Volkspartei.

Mitglieder-Versammlung

Freitag, den 17. Januar, abends 7.30 Uhr **Straßburger Hof**,
Thomasstraße 9.

Tagesordnung:

1. Was geschah und noch geschehen muß.
2. Jugendgruppe.
3. Frauengruppe.
4. Verschiedenes.

Die Mitglieder sind dringend gebeten zu erscheinen und Gefinnungs-
freunde mitzubringen.

Der Vorstand.

Lehrling oder Lehrlin

per 1. April oder früher gesucht.

L. Staudt's Buch- u. Papierhdlg.

Mitte der Stadt

3-Zimmerwohnung

Badeneinrichtung und Zubehör an

kleine ruhige Familie zu vermieten.

Angebote unter **R. 13.** an die
Geschäftsstelle.

Prima

Einlegschweine

zu verkaufen.

Heinrich Weil, Obergasse 5.

Suche Haus

mit **Garten** hier oder Umgegend
zu kaufen. Angebote unter **B. G.**
an die Geschäftsstelle.

Beamte, Angestellte, Techniker,

berufsvertretung in Kammern, Reform der Beamtenbesoldung, Festsetzung von Mindestgehältern, Beseitigung der Konkurrenzklause, Freie Bahn jedem Tüchtigen, so wählt die Liste der **Deutschen Demokratischen Partei**, die Liste **LUPPE**.

Btr. Ausstellung von Saatkarten für Hülsenfrüchte.

Alle, welche Saatgut von Hülsenfrüchten beziehen wollen, bedürfen dazu einer Saatkarte. Die Ausstellung dieser Saatkarten ist baldmöglichst zu beantragen. Soweit die Anträge nicht bis zum 25. ds. Mts. hier eingegangen sind, kann nicht auf Lieferung des Saatguts durch den Kommunalverband gerechnet werden.

Die Gemeindebehörden werden um ortsübliche Veröffentlichung vorstehender Bekanntmachung ersucht.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 11. Januar 1919.

Der Landrat.

von Marx

Für den Vollzungsausschuß des Kreises.
Mintelr.

Wird veröffentlicht.

Bad Homburg v. d. H., den 15. Januar 1919.

Der Magistrat.

Ulrich.

Der Arbeiterrat.

Schmidt.

Haferflockenversorgung.

Diejenigen Erzeuger von Hafer, welche von der Selbstversorgung mit Haferflocken für die nächste Periode Gebrauch machen wollen, haben bis Dienstag, den 21. ds. Mts. die Anzahl der Angehörigen bei Herrn **Julius Strauß**, Kaiser Friedrich-Promenade zu melden.

Der Magistrat

Feigen.

Der Arbeiterrat.

Schmidt.

Sozialdemokratie :: Demokratie und Deutsche Volkspartei.

Der grundsätzliche Gegensatz zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei besteht in der Stellung beider Parteien zur Sozialdemokratie. Die deutsche demokratische Partei behält sich ein Zusammengehen mit den Merheitssozialisten offen vor.

Professor Weber hat, wie die Kölnische Zeitung berichtet, sich ausdrücklich dagegen verwahrt, daß man die demokratische Partei als **bürgerliche Partei** ansehe.

Theodor Wolf hat erklärt, daß er mit der Sozialdemokratie ein großes Stück Weges zusammengehen könne und werde.

Der deutschen demokratischen Partei gehört der Herausgeber der „Welt am Montag“, Herr von Gerlach, an, der von sich selbst sagt, daß er links von der Sozialdemokratie stünde.

Jeder liberale Bürger, sei er Angehöriger des Mittelstandes, Soldat, Lehrer, Angestellter oder Arbeiter, der kein Sozialdemokrat ist, kann in folgedessen nur die Liste der

Deutschen Volks-Partei

wählen, die mit dem Namen **Nießer** beginnt.

Frachtstückgüter

werden am 16., 17. und 18. Januar zur Beförderung nicht angenommen.

Frankfurt (Main), den 14. Januar 1919.

Eisenbahndirektion.

Die Liste der Kandidaten der Zentrumspar tei

beginnt:

Richard Müller, Rentner, Fulda.

Josef Becker, Sekretär des Zentralverbandes christl. Bauarbeiter Berlin.

Jean Albert Schwarz, Mittelschullehrer Frankfurt a. M.

Genau nachsehen.

Die Pläne über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie in der Schleifner- und der verlängerten Thomasstraße, sowie einer unterirdischen Telegraphenlinie in der Bouisen-, Thomas-, Dorotheen- und Ludwigstraße und in der Kaiser Friedrich-Promenade in Bad Homburg v. d. Höhe liegen bei dem unterzeichneten Postamt von heute ab vier Wochen aus.

Bad Homburg v. d. H., 13. Januar 1919.

Postamt.

Pfefferkuchen Zwieback-, Keks-, Teigwaren-, Brot-

Schokoladen- od. Zuckerwaren-Fabrik von Fachmann zu kaufen gesucht. Auch werden einzelne **Maschinen** od. Teileinrichtungen angekauft. Gef. näh. Ang. a. **M. Hahn** i. **Wernigrode** Bismarkstr. 47, erb.

Eine Anzahl transportable

Viehfutterkessel

verschiedener Größe mit Feuerungsunterfaß preiswert abzugeben.

Chr. Megger & Cie.

Homburg v. d. Höhe.

Gottesdienst der israelitischen Gemeinde

Samstag, den 18. Januar.

Vorabend 435 Uhr

Morgens 9 Uhr

Nachmittag 4 Uhr

Sabbatende 550 Uhr

An den Werktagen.

Morgens 7 Uhr

Abends 6 1/2 Uhr.